

**Ausbau der heimischen Wasserkraft;
Fortschrittsbericht**

REGIERUNGSANTRAG

Geschäftszahl SHO-

Innsbruck, 19.06.2006

Vorgetragen in der Sitzung der Landesregierung am
unter dem Vorsitz des

Landeshauptmannes **DDr. Herwig van Staa**

Anwesend:

Landeshauptmannstellvertreterin **Dr. Elisabeth Zanon**

Landeshauptmannstellvertreter **Hannes Gschwentner**

Landesrätin **Dr. Anna Hosp**

Landesrat **Mag. Hannes Bodner**

Landesrat **Dr. Erwin Koler**

Landesrat **DI Hans Lindenberger**

Landesrat **Anton Steixner**

Landesamtsdirektor **Dr. Josef Liener**

Schriftführer:

A n t r a g

- I. Die Tiroler Landesregierung nimmt den Fortschrittsbericht der TIWAG vom 24. Mai 2006 zur Kenntnis.
- II. Auf diesem Berichts- bzw. Projektsstand aufbauend wird die TIWAG über den Landeshauptmann als Eigentümerversreter ersucht, zu den Projekten
 1. Ausbau des Kraftwerkes Kaunertal
 2. Ausbau der Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz
 3. Neubau eines Speicherkraftwerkes Malfontal und
 4. Neubau eines Speicherkraftwerkes MatriPlanungen durchzuführen und für die erforderlichen UVP-Verfahren geeignete Einreichunterlagen zu erstellen sowie alle zur Realisierung erforderlichen Maßnahmen zu setzen.
- III. Dabei wird zu den im Fortschrittsbericht vorliegenden Studien festgestellt:
 1. Zum Kraftwerk Kaunertal:
Die Variante „Oberstufe Riffelsee“ wird ausgeschieden und eine Prioritätensetzung für den Speicherstandort Taschach festgelegt.
 2. Zur Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz:
Der Frage der ökologischen Verbesserung der Wasserfassungen des Stubaitales ist besonderes Augenmerk zu schenken.
Am Simmingbach/Gschnitztal ist als Grundlage für die weitere Planung die Wasserfassung um ca. 180-200 m höher zu legen.
 3. Zum Kraftwerk Malfontal:
Am Beginn der weiterführenden Planungen ist die Frage der Sicherstellung der Trinkwasser-versorgung der Wassergenossenschaften am Kappler Berg in der Gemeinde Kappl zu klären.
 4. Zum Kraftwerk Matri:
Gemeinsam mit dem Gemeinderat ist in angemessener Zeit eine Planung mit Prüfung geeigneter Alternativen durchzuführen.
- IV. In regelmäßigen Abständen sind die Betroffenen, insbesondere die Gemeindeführungen der direkt und indirekt betroffenen Gemeinden in geeigneter Form über den jeweiligen Verfahrensstand zu informieren.

B e g r ü n d u n g

Die europäischen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden bereits in Grundzügen im Regierungsbeschluss vom 15. August 2005 zum Optionenbericht bzw. Synthesebericht dargestellt.

Die Verknappung von Strom und Gas (in Europa) führt in Verbindung mit der Überalterung des thermischen Kraftwerksparks zu einem Verfügbarkeits- und Preisrisiko.

Auch Tirol ist in den letzten Jahren zunehmend ein Stromimportland geworden. Derzeit müssen ca. 26 % des Tiroler Gesamtstromverbrauchs importiert werden. Der jährliche Stromverbrauch steigt um ca. 2 % weiter an, ohne Errichtung und Inbetriebnahme zusätzlicher Erzeugungskapazitäten müsste dieser Verbrauchszuwachs durch zusätzliche Importe abgedeckt werden.

Die Tiroler Landesregierung hat mit Regierungserklärung vom 21. Oktober 2003 daher vereinbart, einen weiteren Ausbau der heimischen Wasserkraft in angemessenem Umfang und in umweltschonender Weise anzustreben. Begründet wurde, dass eine nachhaltige, sichere, kostenstabile und umweltverträgliche Elektrizitätsversorgung Tirols sich im Wesentlichen auf die heimische, langfristig verfügbare und erneuerbare Ressource der Wasserkraft stützt. Ziel ist, mit einem weiteren Ausbau dieser Schlüsselindustrie auch die energiewirtschaftliche Autonomie und standortpolitische Handlungsfähigkeit des Landes zu stärken, die Außenwirtschaftsbilanz zu verbessern, hochwertige Arbeitsplätze zu sichern bzw. schaffen und die industrielle Wertschöpfung sowie Strukturentwicklung im eigenen Land voranzutreiben.

Die Nutzenwirkung eines angemessenen Ausbaues der heimischen Wasserkraft sollte durch verstärkte Aktivitäten des Landes Tirol und der TIWAG mit dem Ziele einer Verbesserung der Energieeffizienz, der Förderung des Energiesparens und der Etablierung alternativer Energieträger ergänzt werden.

Die TIWAG wurde daher ersucht, Optionen für einen Ausbau der Wasserkraft zu übermitteln. Durch interne und externe Experten wurden diese Optionen einer näheren Prüfung unterzogen. Das Ergebnis dieser Prüfung wurde im Synthesebericht festgehalten, welcher mit Beschluss vom 15. August 2005 von der Tiroler Landesregierung zur Kenntnis genommen wurde.

Die zuständigen Organe der TIWAG wurden hierbei ersucht, folgende Projektvorschläge einer vertiefenden Studie zu unterziehen, sie zu optimieren und dabei alle Betroffenen, im Besonderen die Gemeinden, die Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten sowie die Interessenvertretungen intensiv einzubeziehen:

- Ausbau der Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz durch Zubau einer zweiten Oberstufe Finstertal-Längental als Pumpspeicherkraftwerk und Beileitungen aus dem Ötztal, dem Stubaital und dem Gschnitztal.
- Ausbau des Kraftwerkes Kaunertal zu einer Kraftwerksgruppe durch Zubau entweder der Oberstufe Riffelsee-Gepatsch oder der Oberstufe Rofenache-Gepatsch (unter gleichzeitiger Prüfung allfälliger alternativer Projektvarianten) als Pumpspeicherkraftwerk und Zubau einer zweiten Unterstufe Kaunertal.
- Neubau eines Pumpspeicherkraftwerkes Matri-Raneburg
- Neubau Speicherkraftwerk Malfontal

Das Amt der Tiroler Landesregierung wurde gleichzeitig beauftragt, energiepolitischer Fragen im besonderen des Energiemanagement, der Energiesparmaßnahmen und der Alternativ- bzw. erneuerbaren Energien aufbauend auf dem Energieleitbild Tirols, weiter zu entwickeln und einen ersten Statusbericht vorzulegen.

Die TIWAG hat ab August 2005 umfassende Informations- und Kommunikationsaktivitäten unter dem Leitthema „Dialog und Begegnung“ gesetzt sowie die antragsgegenständlichen Projektvorschläge zum Ausbau der heimischen Wasserkraft überarbeitet, abgeändert und verbessert. Die TIWAG hat hierüber einen Fortschrittsbericht vom 24. Mai 2006 erstattet und die Tiroler Landesregierung um die energiepolitische Grundsatzentscheidung gebeten, ob die berichtsgegenständlichen Projekte zum Ausbau der heimischen Wasserkraft durch die TIWAG mit dem Ziel ihrer Realisierung weiter verfolgt werden sollen.

Die Änderungen bzw. Verbesserungen können in Kurzform wie folgt beschrieben werden:

Beim Kraftwerksprojekt Malfon wurde das Einzugsgebiet erweitert und die Errichtung eines Schwallausgleichsbeckens mit Standort zwischen der Arlberg Schnellstraße S 16 und der Rosanna in Pettneu vorgesehen.

Umfassend überarbeitet und optimiert wurde das Projekt einer Erweiterung des Kaunertal-Kraftwerkes: Für den notwendigen Oberstufenspeicher wurde mit dem Standort im hinteren Taschachtal (Pitztal) eine gegenüber den diskutierten Standorten „Rofenache“ und „Riffelsee“ ökologisch bessere Variante gefunden. Diese Projektvariante ermöglicht es auch, die Wasserfassungen im hinteren Ötztal gegenüber der ursprünglichen Planungsstudie wesentlich tiefer zu legen und die Fassungsbauwerke an der Venter und Gurgler Ache unterhalb der Ortschaften Vent bzw. Obergurgl zu situieren. Für die Stromableitung aus dem Kaunertal wird aufgrund einer überarbeiteten energiewirtschaftlichen Auslegung des künftigen Oberstufenkraftwerkes Gepatsch mit einer 110 kV-Leitung – anstatt 220 kV wie bisher vorgesehen – das Auslangen gefunden, im Ötztal ist keine Leitung erforderlich.

Für den Ausbau der Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz ist ein zusätzlicher Speicher im Kühtal notwendig, der im hinteren Längental topographisch und geologisch günstig situiert werden könnte. An einer substantiellen ökologischen Optimierung der aus dem Stubaital und dem Gschnitztal geplanten Wasserüberleitungen wird noch gearbeitet.

Auch das Projekt Pumpspeicherkraftwerk Raneburg-Matrei wurde grundlegend überarbeitet. Der Steinschüttedamm des Speichers Raneburg würde ca. 270 m taleinwärts verlegt werden, wodurch eine Verlegung der Felbertauernstraße nicht mehr notwendig wäre und die Grundinanspruchnahme um zehn Hektar reduziert würde. Darüber hinaus würde das erforderliche Ausgleichsbecken vom Ortsteil Hinterau an den Standort „Ruggentaler“ am Eingang des Virgentales verlegt.

Vertreter der Tiroler Landesregierung bzw. des Aufsichtsrates der TIWAG haben mit den Gemeindevorständen aller unmittelbar sowie mittelbar betroffenen Gemeinden und mit den Naturschutzorganisationen sowie dem Landesumweltanwalt in den letzten Wochen Gespräche zum Fortschrittsbericht der TIWAG geführt. Ziel dieser Gespräche war es, allfällige Informationswünsche festzustellen und die Frage grundsätzlicher Verhandlungsbereitschaft zu klären. Dabei haben sich einige wesentliche „Knackpunkte“ der Projekte herausgestellt. Im Besonderen konnte beim Kraftwerk Kaunertal eine beinahe einhellige Ablehnung des Speicherstandortes Riffelsee und eine Ablehnung des Standortes Rofen durch die Venter Bevölkerung und die NGO's festgestellt werden. Hingegen würde

letzterer Speicherstandort von einer Mehrheit der Öztaler Gemeindevertreter aus Gründen des Hochwasserschutzes bevorzugt, weshalb derzeit dieser Standort noch nicht ausgeschieden wird.

Im Stubaital bzw. Wipptal wurde von mehreren Gemeindeführungen im Besonderen auf die notwendige Höherverlegung der Wasserfassung in der Gemeinde Gschnitz und auf den Wunsch verwiesen, ab Beginn der Planungsphase aktiv eingebunden zu werden, um im Besonderen eine allfällige Verbesserung der Ökologie der Wasserfassungen erreichen zu können.

Zum Kraftwerk Malfontal:

Nach derzeitigem Projektstand ist wesentlicher „Knackpunkt“ für dieses Projekt die Frage der allfälligen Gefährdung der Trinkwasserversorgung von Teilen der Bevölkerung der Gemeinde Kappl. Die TIWAG hat daher diesen Problembereich am Beginn der Planungsphase abzuklären.

Zum Kraftwerk Matrei:

Eine Diskussion mit der Gemeindeführung hat eine eindeutig positive Grundhaltung zum Bau von Kraftwerken auf Matreier Gemeindegebiet gezeigt. Die Stimmung zum derzeitigen Projektstand des Projektes Matrei-Raneburg zeigt aber eine differenzierte Grundhaltung zu diesen Projektüberlegungen und stößt auf eine Ablehnung bei einer größeren Zahl von Grundeigentümern. Der Gemeindevorstand hat sich einstimmig bereit erklärt, auch an Alternativprüfungen mitzuwirken.

Insgesamt hat sich die überwiegende Mehrheit der Gemeindeführungen dafür ausgesprochen, in der Planungsphase mit der TIWAG über eine allfällige Zustimmung zu den jeweiligen Projekten in Kontakt zu bleiben bzw. diesbezügliche Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Aus Sicht der Naturschutzorganisationen und des Landesumweltanwaltes wurde auf den möglichen Erhalt von Schutzgebieten sowie die Beachtung der Wasserrahmenrichtlinie verwiesen. Gewisse Projektüberlegungen wurden sehr kritisch beurteilt, aber von allen Gesprächsbereitschaft für die Planungsphase kundgetan.

In diesem Zusammenhang darf auch auf die durchzuführenden Behördenverfahren, im speziellen die Umweltverträglichkeitsprüfung, hingewiesen werden.

Aufbauend auf diesem Sachverhalt kann eine energiepolitische Grundsatzentscheidung wie im Antrag formuliert herbeigeführt werden.